

Es wird ernst

War der Ruf nach einer Energiewende über viele Jahre hinweg vor allem akklamatorischer Natur und einer alternativen Visionärsceke verhaftet, wird es nun nach Ansicht von **Prof. Dr. Uwe Leprich** ernst: ein Drittel der Stromerzeugung soll im Jahr 2020 aus erneuerbaren Energien kommen, knapp 20% der benötigten Wärme, und zumindest im politischen Parteienspektrum scheinen sich alle einig zu sein, dass das Ziel die 100%ige Regenerativwirtschaft ist und alle anderen Optionen lediglich als „Brückentechnologien“ dienen.

Energiewende aktuell

Wurde früher die Energiewende vorzugsweise in Szenarien beschrieben, lässt sie sich spätestens seit den Meseberger Beschlüssen der Bundesregierung im Jahr 2007 an konkreten Gesetzen und Regierungsdokumenten festmachen:

- Minderung der Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 gegenüber 1990.
- Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf mindestens 30% bis 2020 (vgl. EEG §1,2).
- Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme auf 14% bis zum Jahr 2020 (vgl. EEWärmeG §1,2).
- Erhöhung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25% (vgl. KWKG §1).
- Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 (vgl. Nationale Nachhaltigkeitsstrategie).

Wenn jedoch nicht alles täuscht, werden die letzten beiden Teilziele im Rahmen der Neuformulierung eines Energiekonzeptes durch die Bundesregierung auf der Grundlage einer durchschnittlich zwölfjährigen Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in nächster Zeit wohl wieder einkassiert.

Gegenangriff der Energiekonzerne

Ob auch die Regenerativ- und die Klimaschutzziele wieder infrage gestellt werden, entscheiden letztlich die vier großen Energiekonzerne mit. Sie, die in den letzten 20 Jahren die Erneuerbaren unermüdlich mit dem Attribut „additiv“ kleinzureden versuchten, haben längst die skeptische Beobachterrolle verlassen und blasen zum Gegenangriff:

Mit einer Geschlossenheit, die den außenstehenden Beobachter dann doch irritiert hat, haben sie einen großen Teil der deutschen Industrie auf die Forderung nach einer signifikanten Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verpflichtet und sich damit bei der aktuellen Regierung durchsetzen können.

Mit einer Subventionierung von bis zu 15 % der Investitionskosten durch die Einnahmen aus der CO₂-Zertifikatsauktionierung wollen sie ab 2013 ökonomisch in die Lage versetzt werden, wieder neue Kohlekraftwerke bauen zu können.

Der erheblich verzögerte Leitungsbau insbesondere bei den Übertragungsnetzen ist in den letzten Jahren mitnichten dem lokalen Widerstand querulanter Zeitgenossen anzulasten, sondern in erster Linie der Interessenlage der weiterhin integrierten Energiekonzerne, die die Auslastung ihrer bestehenden Kraftwerke nicht durch einen ehrgeizigen Ausbau fluktuierender Erzeugungsanlagen gefährden wollten. Dieser evidente Interessenkonflikt ist erst seit diesem Jahr zumindest bei E.ON und Vattenfall aufgehoben, die ihre Übertragungsnetze an neutrale Dritte veräußert haben, nicht jedoch beim Branchenriesen RWE und der EnBW.

Energiewende gegen Energiekonzerne

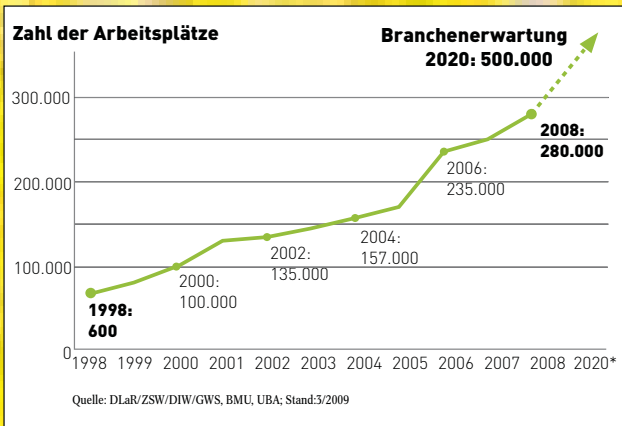
Der Widerstand renditegetriebener Kapitalgesellschaften gegen eine rasche Systemtransformation vom bestehenden zentralistischen Großverbund hin zu einer dezentralisierten Regenerativwirtschaft ist freilich vollkommen rational und nicht etwa auf ideologische Verbohrtheit zurückzuführen: Bereits heute ist der Systemkonflikt zwischen der Vollaustattung der bestehenden fossilen und nuklearen Kraftwerke und dem Vorrang der Erneuerbaren evident; bei einem weiteren forcierten Ausbau wird er die bestehende lukrative Grundlastwelt vollständig aus den Angeln heben. Über das EEG geförderte Regenerativanlagen können und sollen den Renditeerwartungen von Konzernen nicht gerecht werden, insofern eröffnen sich hier kaum neue Geschäftsfelder der von hohen Renditen verwöhnten Großstromerzeuger. Schließlich bedroht ein zahlenmäßig stark gewachsener energiewirtschaftlicher Mittelstand die dominierende Marktstellung der Oligopole, die zu räumen diese logischerweise nicht bereit sind.



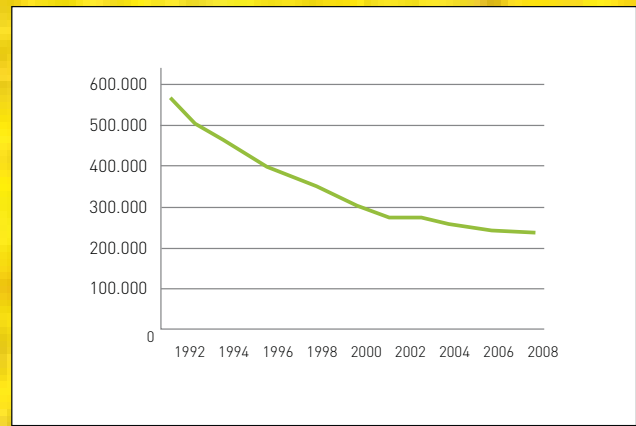
Uwe Leprich ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) in Saarbrücken und dort zugleich Hochschullehrer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Seine Spezialgebiete umfassen seit vielen Jahren die Liberalisierung der Energiemärkte und deren Rahmenbedingungen; Instrumente nationaler und internationaler Energie- und Klimapolitik sowie nachhaltige Unternehmensstrategien.

Gegen die beschriebene Abwehrhaltung der Energiekonzerne spricht auch nicht, dass diese nun selbst in Erneuerbare Energien investieren: zum einen sind diese Anteile bislang sehr gering im Verhältnis zum gesamten Investitionsvolumen, zum anderen findet ein großer Teil dieser Investitionen im Ausland statt, um den oben beschriebenen Systemkonflikt in Deutschland nicht weiter auf die Spitze zu treiben. Insofern liegt es in der Natur der Sache, dass die Energiewende in Deutschland unverändert den Interessen der Energiekonzerne entgegensteht, und völlig unabhängig von der Aufgeschlossenheit vieler Mitarbeiter der Konzerne selbst für eine schnelle Verbreitung der Erneuerbaren Energien werden die Konzernvorstände gar nicht anders können, als für den ungestörten Betrieb ihrer vorhandenen und den Neubau weiterer Großkraftwerke auf fossiler und nuklearer Basis zu kämpfen, hängt doch nicht zuletzt ihre eigene Position von Erfolgen auf diesen Gebieten ab.

1/3 hoch Anzeige



Erneuerbare Energien: Arbeitsplätze in 10 Jahren vervierfacht.



Beschäftigte in der klassischen Energiewirtschaft

Ökonomische und gesellschaftliche Vernunft der Energiewende

Zugespitzt geht es in den nächsten Jahren daher in allererster Linie um die Frage „Machterhalt der Energiekonzerne versus Durchsetzung ökonomischer und gesellschaftlicher Vernunft“. Diese Vernunft lässt sich mit folgenden Punkten umreißen:

Ein klimaverträgliches Energiesystem stützt sich hauptsächlich auf die beiden Säulen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, wie die ökologischen Träumereien unverdächtige Internationale Energieagentur in ihrem letzten World Energy Outlook 2009 unterstreicht [1]. Wenn wie in Deutschland die fluktuierenden Anlagen (Wind, Solar) die neuen Systemsäulen bilden, haben inflexible Großkraftwerke in einem solchen System keinen Platz mehr.

Wie die jüngsten Energieszenarien für die Bundesregierung gezeigt haben, hat eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken nur einen marginalen Einfluss auf eine kosteneffiziente klimapolitische Zielerreichung. [2] Allerdings wurde das im Grunde wichtigste Szenario – Erreichung der Klimaschutzziele bei Festhalten am Ausstiegsbeschluss – hierbei gar nicht betrachtet. Vermutlich war es politisch nicht opportun nachzuweisen, dass ein solches Szenario möglicherweise nicht nur die größten positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt, sondern insgesamt auch die niedrigsten Energiekosten für die Verbraucher erbracht hätte. [3]

Ein wettbewerbliches Wirtschaftssystem legitimiert sich vor allem durch Leistungsgerechtigkeit. Ist der Wettbewerb wie in Deutschland im Bereich der Stromerzeu-

gung massiv beeinträchtigt und profitieren dabei vier Unternehmen seit Jahren von leistungslosen Windfall-Profiten wie z.B. durch die Einpreisung der CO₂-Zertifikate, ist diese Legitimation massiv gefährdet. Mittlerweile lehnen neun von zehn Deutschen die bestehende Wirtschaftsordnung ab und zu dieser massiven Legitimationskrise haben sicherlich die Energiekonzerne in einem erheblichen Maße beigetragen.

Dynamischer Wettbewerb sichert technischen Fortschritt und Innovation, vermachte Märkte verhindern diesen. Wenn die als „hocheffizient“ gepriesenen Kohlekraftwerke immer noch weit weniger als die Hälfte der eingesetzten Primärenergie ausnutzen und wenn neue Kernkraftwerke immer noch nicht so gebaut werden können, dass ein Kernschmelzunfall ausgeschlossen ist, demonstriert dies eine über Jahrzehnte fehlende Innovationspeitsche in nahezu wettbewerbsfreien Märkten.

Zwei Drittel aller Arbeitsplätze in Deutschland sind in mittelständischen Unternehmen anzutreffen, die meisten der deutschen Weltmarktführer sind Mittelständler. Großkonzerne führen nicht nur zu Marktmacht und damit verbunden häufig unangemessen großer politischer Macht,

sondern auch zu technologischer Trägheit, geringer Innovationskraft und Beharrungsvermögen. Hinzu kommt, dass sich bei Konzernen häufig große Aktienanteile in ausländischer Hand befinden, sodass über die ausgeschütteten Dividenden viel Kaufkraft aus Deutschland abfließt. Sowohl beim RWE als auch bei E.ON ist davon auszugehen, dass sich mittlerweile mehr als die Hälfte der Aktienanteile in ausländischem Besitz befindet. Mittelständler, die häufig als Personenunternehmen geführt werden, sichern dagegen nicht nur Arbeitsplätze, sondern stärken auch die Kaufkraft im eigenen Land (vgl. dazu die Abbildungen zu den Arbeitsplatzentwicklungen).

● leprich@izes.de

Literatur

- [1] International Energy Agency/IEA: World Energy Outlook 2009, Paris
- [2] EWI/GWS/Prognos: Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung, Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 27. August 2010
- [3] Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt/DLR (Joachim Nitsch): Leitstudie 2009 „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“. Aktualisierung und Neubewertung bis zu den Jahren 2020 und 2030 mit Ausblick bis 2050, August 2009

„Fazit“

Die ökonomische und gesellschaftliche Vernunft gebietet demnach eine Energiewende auf der Grundlage einer mittelständischen Akteursstruktur, die energisch den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreibt. Dies setzt eine Veränderung der Machtverhältnisse voraus.